

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



Geld ist rund und rollt weg, aber Bildung bleibt

Heinrich Heine

Bildungsmonitor für die Jugendsozialarbeit

Nummer 1
Oktober 2011

Herausgeber

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Chausseestraße 128/129 • D-10115 Berlin
Tel. 030-288789-538 • Fax 030-288789-55

E-Mail: Kooperationsverbund

Fachlich verantwortliche Organisation: AWO

Autor: Prof. Dr. Gerhard Christe

Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Inhalt

	Editorial	3
1.	Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitor	4
	1.1 Nationale Bildungsberichterstattung	4
	1.2 Bildungsberichterstattung der Bundesländer	5
	1.3 Nationales Bildungspanel (NEPS)	6
	1.4 Europäische Bildungsberichte	7
	1.5 Bildungsbezogene Informationssuche im Internet und beim Deutschen Bildungsserver	7
	1.6 IAB: Neue Infoplattform zu „junge Migranten in Ausbildung und Beruf“	7
2.	Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern	8
	2.1 Hamburg	8
	2.2 Nordrhein-Westfalen	10
	2.3 Baden-Württemberg	11
	2.4 Kommentar zur Abschaffung der Hauptschule	13
3.	Ergebnisse neuerer bildungspolitischer Studien	14
	3.1 Studien zur Wirkung des Übergangssystems und zum Übergang von Schule in Ausbildung	14
	3.2 Studie zu Klassenwiederholung und Schulversagen	14
	3.3 Expertise „Bildungsgerechtigkeit durch Teilhabe – Schulbezogene Teilhabeprojekte aus Perspektive der Jugendsozialarbeit“	15
4.	Hinweise auf laufende bildungspolitische Studien	16
	4.1 Studie zum Funktionalen Analphabetismus (LEO)	16
	4.2 Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	19
	4.3 Längsschnittstudien Schule - Beruf für regionales Übergangsmanagement (DJI)	19
	4.4 Wege in Ausbildung und Ausbildungslosigkeit (DJI)	20
	4.5 Einfluss des Übergangssystems auf das Gelingen der beruflichen Integration (DJI)	20
	4.6 Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)	21
5.	Neue Programme des Bundes und der Länder	22
	5.1 BMFSFJ	22
	5.2 BMBF	22
	5.3 BMAS	22
	5.4 BIBB	22
6.	Zahlenspiegel	23
	6.1 Daten des Mikrozensus 2010 - Trend zur Höherqualifizierung Jugendlicher	23
	6.2 Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss gesunken	23
	6.3 Zu viele Schulabbrecher und zu wenige Abiturienten in Deutschland	23
	6.4 OECD: Bildung auf einen Blick	24
	6.5 Die soziale Situation in Deutschland	24
	6.6 Bildung, Forschung und Entwicklung	24
7.	Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden	25
	7.1 Verbesserung des Bildungssystems durch Aufhebung des Kooperationsverbots?	25
	7.2 Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen	25
	7.3 Schulbesuch für statuslose Kinder künftig ohne Angst vor Entdeckung möglich	26
	7.4 Abschaffung der Hauptschule (BAG EJSA)	26
	7.5 Vision einer guten Schule (BAG EJSA)	26
	7.6 Zum Ausbau der Schulsozialarbeit (Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)	27

Editorial

Jugendsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Integrationschancen von Kindern und Jugendlichen mit individuellen Beeinträchtigungen und sozialen Benachteiligungen. Jugendsozialarbeit muss ihre vorhandenen und in der Praxis vielfach erprobten Ansätze zur Verbesserung der Situation junger Menschen und zur Gestaltung gelingender Übergänge in Ausbildung und Beruf zielführend weiterentwickeln. Hierzu ist es auch erforderlich, aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten im Bildungsbereich sowie deren Rahmenbedingungen kontinuierlich zu beobachten.

Mit dem nun erstmals vorliegenden Bildungsmonitor will der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die vielfältigen und umfangreichen Aktivitäten der Bundes- und Landesministerien sowie übergreifender Bildungsinstitutionen - wie der Kultusministerkonferenz (KMK), des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), der Bildungsorganisationen der Tarifpartner u.a.m. - transparent machen. Zudem werden länderspezifische und europäische Entwicklungen in der Bildungspolitik sowie einschlägige Forschungsergebnisse und bildungspolitische Studien berücksichtigt.

Der Newsletter wird über die Ergebnisse laufender als auch neuer bildungspolitischer Studien, Untersuchungen, Entwicklungen und Programme informieren. Der Bildungsmonitor wird ebenso einen Zahlenspiegel zu interessanten bildungspolitischen Daten beinhalten sowie auf aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden zur Bildungspolitik hinweisen.

Ziel dieser strukturierten Recherche ist die Intensivierung des Dialogs zum Schlüsselthema „Bildung“ zwischen allen Interessierten aus Politik, Jugendsozialarbeit, Wirtschaft und Wissenschaft, denen an einer Verbesserung der Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher gelegen ist. Ihnen bleibt die Möglichkeit, aus den Erkenntnissen ihre Schlussfolgerungen für die eigene Bewertung zu ziehen.

Mit der vorliegenden Ausgabe stellt der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die erste Ausgabe eines Newsletters vor, der künftig in unregelmäßigen Abständen erscheinen soll und jeweils wichtige Ergebnisse zum Thema „Bildung“ beinhalten wird.

Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die finanzielle Unterstützung und freuen uns auf den weiteren Dialog.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre. Über Rückmeldungen und Anregungen zur Verbesserung des Newsletters würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Würfel

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

(1)**Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitor**

Die Bildungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland geht zurück bis in die 1970er Jahre, wo der Deutsche Bildungsrat den *Bericht 75 – Entwicklungen im Bildungswesen* vorlegte. Dieser Bericht kann als Vorläufer einer umfassenden Bildungsberichterstattung angesehen werden, die dann in den 1990er Jahren mit der von der OECD veröffentlichten Studie *Education at a Glance* begann. Seit 1995 erscheint sie zeitgleich unter dem Titel *Bildung kompakt* bzw. später als *Bildung auf einen Blick*.

Zur weiteren Entwicklung der Bildungsberichterstattung in Deutschland siehe den informativen Kurzüberblick in *Bildung in Baden-Württemberg 2011*, S. 15f.

Im Folgenden wird ein Überblick gegeben über verschiedene nationale und internationale Bildungsberichte, die alle eine wichtige Informationsquelle für die Jugendsozialarbeit darstellen. Neben den seit 2006 bestehenden nationalen Bildungsberichten, den Bildungsberichten verschiedener Bundesländer und der europäischen Bildungsberichte sind dies das Nationale Bildungspanel (NEPS) und eine neue Info-Plattform des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

1.1 Nationale Bildungsberichterstattung

Die nationale Bildungsberichterstattung liefert in regelmäßigen Abständen auf der Grundlage von Indikatoren eine empirische Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens vom frühkindlichen Bereich bis zur Weiterbildung. Die Berichte wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen in Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und Bildungspraxis, in Wissenschaft und Ausbildung sowie an eine breite an Bildungsfragen interessierte Öffentlichkeit.

Kern der Bildungsberichterstattung ist ein systematischer und regelmäßig aktualisierbarer Satz von Indikatoren, die aus amtlichen Daten und sozialwissenschaftlichen Erhebungen in Zeitreihen ermittelt und dargestellt werden, wenn möglich im internationalen Vergleich und auch aufgeschlüsselt nach Bundesländern. Thematisch sind die Indikatoren auf vier Ebenen angesiedelt. Demografische Entwicklungen bilden die Kontextebene. Auf der Wirkungsebene werden Informationen zu Kompetenzen, Abschlüssen und Bildungserträgen zusammengestellt. Die Inputebene umfasst Angaben zu den Bildungsaufgaben, zu Personalressourcen, zu Bildungsangeboten und zur Bildungsbeteiligung. Auf der Prozessebene werden der Umgang mit Bildungszeit, Übergänge zwischen den Bildungsstufen und die Qualitätssicherung/Evaluierung thematisiert. Bei der Bildungsberichterstattung geht es darum, übergreifende Fragestellungen zu verknüpfen, sie zu analysieren und in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Erträgen zu interpretieren.

Der erste Nationale Bildungsbericht gehört in diesen Kontext. Im Jahr 2006 wurde erstmals ein von Bund und Ländern in Auftrag gegebener Bericht „Bildung in Deutschland“ veröffentlicht, erarbeitet von einem Konsortium, dem das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), das Deutsche Jugendinstitut (DJI), das Soziologische Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität Göttingen (SOFI), das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter angehörten.

Der Schwerpunkt des ersten nationalen Bildungsberichts lag auf Fragen der Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund am Bildungssystem, der zweite nationale Bildungsbericht thematisierte vor allem die Übergänge vom allgemeinbildenden Schulwesen in Berufsausbildung, Arbeitsmarkt, Übergangssystem bzw. in die Hochschulen. Im dritten Bildungsbericht von 2010 steht die allgemeine und demografisch bedingte Zukunft des Bildungswesens im Mittelpunkt.

Weitere Informationen:

<http://www.bildungsbericht.de/>

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=648>

1.2 Bildungsberichterstattung der Bundesländer

Seit 2006 gibt es neben der übergreifenden nationalen Berichtserstattung auch eine Bildungsberichtserstattung auf der Ebene der Bundesländer. Bayern veröffentlichte als erstes Bundesland einen Bildungsbericht. Inzwischen gibt es Bildungsberichte von zehn Bundesländern, die in der Regel indikatorengestützt sind und sich an der Struktur des nationalen Bildungsberichts orientieren. Inzwischen haben auch zahlreiche Kommunen die Bildungsberichterstattung als Steuerungsinstrument erkannt.

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die zehn Bundesländer, die derzeit Bildungsberichte veröffentlichen.



Quelle: Bildung in Baden-Württemberg 2011, S. 17

1.3 Nationales Bildungspanel (NEPS)

Zusätzlich zu den bislang schon erstellten Bildungsberichten und Analysen gibt es inzwischen noch einen weiteren Ansatz der Bildungsberichtserstattung: das Nationale Bildungspanel der Bundesrepublik Deutschland (National Educational Panel Study; NEPS). Zentrale Zielsetzung des NEPS ist es, die Gründe und Ursachen für die Schwächen des deutschen Bildungssystems zu analysieren.

Das Nationale Bildungspanel (www.uni-bamberg.de/neps/) wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Netzwerk (Leitung: Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Universität Bamberg) durchgeführt. Es ist am Institut für bildungswissenschaftliche Längsschnittforschung (INBIL) der Otto-Friedrich-Universität Bamberg angesiedelt (www.uni-bamberg.de/inbil/).

Das im Oktober 2008 eingerichtete Bildungspanel wird vom BMBF finanziert und soll unter anderem herausfinden, warum so viele Jugendliche am Schulabschluss scheitern, wie Freunde, Lehrer und Eltern die Lernentwicklung beeinflussen und warum Migrantinnen und Migranten im deutschen Bildungssystem nach wie vor benachteiligt sind. Ziel ist es, Längsschnittdaten zu Kompetenzentwicklungen, Bildungsprozessen, Bildungsentscheidungen und Bildungsrenditen in formalen, nicht-formalen und informellen Kontexten über die gesamte Lebensspanne zu erheben. Dazu stehen in den kommenden sechs Jahren insgesamt 70 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Institut für bildungswissenschaftliche Längsschnittforschung Bamberg (INBIL) ist für die mit der Einrichtung, Koordination und Durchführung des Panels verbundenen Aufgaben zuständig. Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB) begleitet zwei der acht Etappen federführend. Es befragt jährlich für die Etappe 6 (Übergang in eine Ausbildung und in den Arbeitsmarkt) ca. 10.500 Jugendliche und junge Erwachsene ab der 9. Klasse und für die Etappe 8 (Bildung und Weiterbildung im Erwachsenenalter) 13.000 Personen im Alter von 23 bis 64 Jahren. Insgesamt sollen jährlich etwa 60.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene befragt werden. Die Erhebungen konzentrieren sich auf acht Bildungsetappen: (1) frühkindliche Bildung, (2) Kindergarten, (3) Grundschule, (4) untere Sekundarstufe, (5) obere Sekundarstufe, (6) berufliche Bildung, (7) Hochschule.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) kooperiert ebenfalls in zwei Bereichen mit dem NEPS-Konsortium: (a) Im Bereich „Bildungsprozesse in lebenslaufspezifischen Lernumwelten“ arbeitet das DJI mit an der Entwicklung von Erhebungsinstrumenten, mit denen Bildungsprozesse in formalen, non-formalen und informellen sowie familialen Lernumwelten erfasst werden können. Hierbei werden auf Grundlage eines übergreifenden Rahmenmodells die jeweils relevanten Lernumwelten zunächst in einer Querschnittsperspektive erfasst. In längsschnittlicher Perspektive wird angestrebt, Veränderungsprozesse innerhalb einer einzelnen Lernumwelt zu erfassen sowie die Übergänge zwischen den Lernumwelten in den Blick zu nehmen. (b) Im Arbeitsbereich „Daten und Methoden“ ist das DJI in der Gruppe „Methoden, Gewichte und Imputation“ vertreten. Ziel ist die Unterstützung bei methodischen Fragen und Problemen zu disproportionalen Auswahlwahrscheinlichkeiten, Non-Response oder Design- und Hochrechnungsgewichten, die Definition der Grundgesamtheiten für die einzelnen Kohorten, die Erarbeitung der Stichprobenpläne, die Erarbeitung von Designgewichten sowie die Begleitung der Feldarbeit durch die Erhebungsinstitute.

Zur Konzeption des NEPS

Begründet wird das NEPS damit, dass Bildung in modernen Gesellschaften eine der zentralen Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand sowie für die Bewältigung von neuen Anforderungen in einer globalisierten Welt sei. Daher sei es für Wissenschaft und Politik notwendig, mehr über Bildungserwerb und seine Folgen für individuelle Lebensverläufe zu erfahren. Da mit den bislang vorliegenden Daten Bildungsprozesse und -verläufe über die gesamte Lebensspanne nur unzureichend beschrieben und analysiert werden können, wird das Nationale Bildungspanel (NEPS) durchgeführt.

Auf der Grundlage der NEPS-Daten soll untersucht werden können, wie sich Kompetenzen im Lebenslauf entwickeln, wie sie Entscheidungen an Übergängen der Bildungskarriere beeinflussen und wie sie von Lerngelegenheiten in der Familie, der Gleichaltrigengrup-

pe und der Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen in Kindergarten, Schule, Hochschule und Berufsausbildung sowie Weiterbildung beeinflusst werden. Zudem soll geklärt werden, welche Kompetenzen für das Erreichen von Bildungsabschlüssen, welche für lebenslanges Lernen und welche für ein erfolgreiches individuelles und gesellschaftliches Leben maßgeblich sind.

Ergänzend zur Datengenerierung im Rahmen des NEPS hat die Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Datenauswertung ein ergänzendes Schwerpunktprogramm bewilligt, das allen interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offen steht.

Weitere Informationen:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=915&Jump1=LINKS&Jump2=5>

1.4 Europäische Bildungsberichte

Alle zwei Jahre veröffentlichen die Bildungsminister der EU-Mitgliedstaaten und die Kommission einen gemeinsamen Bericht zur Darstellung der Gesamtlage der allgemeinen und beruflichen Bildung in der gesamten EU sowie zur Bewertung der Fortschritte in Richtung der gemeinsamen Ziele. Dieser Bericht stützt sich auf Daten aus den jährlichen Fortschrittsberichten der Kommission, ist jedoch stärker strategisch ausgerichtet und formuliert eine Reihe von Leitaussagen und Empfehlungen für zukünftige Ansätze.

Weitere Informationen:

<http://www.bildung-weltweit.de/zeigen.html?seite=6918>

1.5 Bildungsbezogene Informationssuche im Internet und beim Deutschen Bildungsserver

Das Projekt „Bildungsbezogene Informationssuche im Internet und beim Deutschen Bildungsserver - Informationswissenschaftliche Analyse des Nutzerverhaltens mit Blick auf Optimierungsbedarfe der Retrievalfunktionalitäten“ strebt zunächst einen grundsätzlichen Überblick über das Themenfeld „bildungsbezogene Informationssuche“ sowie empirische Erkenntnisse über nutzergruppenspezifische Informationsbedürfnisse und entsprechend verwendete Internetinformationsdienste an.

Weitere Informationen:

<http://www.dipf.de/de/projekte/bildungsbezogene-informationssuche-im-internet-und-beim-deutschen-bildungsserver>

1.6 IAB: Neue Infoplattform zu „junge Migranten in Ausbildung und Beruf“

Die IAB-Infoplattform gibt mit einer Auswahl von aktuellen Literatur- und Forschungprojektnachweisen einen Einblick in den Stand der schulischen und beruflichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie beleuchtet, welche individuellen, sozio-ökonomischen und strukturellen Einflussfaktoren die Erfolgsaussichten bei den Einmündungsprozessen in Ausbildung und Beruf vermindern und welche Interventionsstrategien sie verbessern können.

<http://www.iab.de/infoplattform/Migrantenjugendliche>

(2)

Neuere bildungspolitische Entwicklungen im Bund und in den Bundesländern

Im Folgenden wird etwas ausführlicher auf Hamburg eingegangen. Weitere aktuelle Entwicklungen sind in NRW und Baden-Württemberg zu beobachten, auf die ebenfalls kurz eingegangen wird.

2.1 Hamburg

In Hamburg wurde ein Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung gegründet. *Ziel* des Aktionsbündnisses ist es, den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern. *Leitgedanke* dabei ist, die unterschiedlichen Aktivitäten der nachfolgend aufgeführten Partner zu koordinieren, um deren Angebote für Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf übersichtlich und aufeinander abgestimmt zu gestalten.

Partner im Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung sind:

- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
- Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
- Hamburger Institut für Berufliche Bildung
- Arbeitsagentur Hamburg
- Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II (team,arbeit.hamburg)
- Handelskammer Hamburg
- Handwerkskammer Hamburg
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V. (UV Nord)
- Gewerkschaften Hamburgs
- Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg

Bildungsplattform in Hamburg

Die Bildungsplattform www.ausbildung-hamburg.de gibt einen zentralen Überblick für Schüler, Betriebe, Eltern und Lehrer über die Angebote zum erfolgreichen Berufsstart in Hamburg und über Hamburg hinaus.

Hamburger Programm

Das Hamburger Programm ist ein unter den Partnern des Aktionsbündnisses abgestimmtes Konzept zur Berufsorientierung und Berufswegeplanung, beschreibt Leitsätze und Erfolgsfaktoren, benennt die jeweiligen Akteure und führt exemplarisch Bausteine, Instrumente und Strategien für ein Berufs- und Studienorientierungskonzept auf. Es richtet sich an die Jugendlichen, Eltern und Unternehmen, aber auch an die Lehrkräfte und Berater der Agentur für Arbeit sowie Bezirks- und Gewerkschaftsvertreter.

Rahmenvereinbarung

Die neue Vereinbarung stellt die Zusammenarbeit zwischen Schule und Arbeitsagentur auf eine neue gemeinsame Basis. Sie legt die Grundsätze für die Zusammenarbeit der Schulen und Berufsberatung sowie die Aufgaben und Beiträge der Schulen und Berufsberatung zur Berufsorientierung verbindlich fest.

Doppelter Abiturjahrgang

Das Aktionsbündnis hat zum doppelten Abiturjahrgang 2010 umfassende Vorkehrungen getroffen. Die Schulen bzw. die Schülerinnen und Schüler erhalten damit ein sehr breites, personell gut ausgestattetes Beratungsangebot zur Berufsorientierung und zur Berufswahlentscheidung.

Quelle:

<http://www.hibb.hamburg.de/index.php/article/detail/373>

Bildungsangebote für Jugendliche

Diese Seite der Bildungsplattform www.ausbildung-hamburg.de eröffnet Jugendlichen und jungen Erwachsenen das breite Spektrum der beruflichen Bildungsangebote.

Die entsprechenden Erläuterungen zu den Bildungsgängen sowie Hinweise zu den Schulen, ggf. Unterrichtsfächern, Anmelde- und Aufnahmebedingungen sowie Informationsmöglichkeiten finden sich zusammengefasst in der jährlich neu erscheinenden Broschüre „Berufliche Bildungswege 2011“.



Das Handbuch „Berufliche Bildungswege 2011“ wird Multiplikatoren und Beratungskräften zur Beratung von Schülerinnen und Schülern in den allgemeinbildenden Schulen vom Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB) zur Verfügung gestellt. Es gibt einen Einblick in die Angebote der berufsbildenden Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Texte enthalten darüber hinaus Informationen über bestehende Beratungsangebote sowie ein Verzeichnis der Kontaktadressen von berufsbildenden Schulen. Im Vordergrund stehen dabei die Angebote der Berufsschulen (duale Ausbildung), Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und Berufsvorbereitung.

Weitere Informationen unter:
<http://www.hibb.hamburg.de/index.php/>

Literaturhinweis:

Sturm, Hartmut/Schulze, Hartmut/Zagel, Sibylle/Klüssendorf, Andrea/Schipull-Gehring, Frauke (Hg.) (2011): Übergangssystem Schule – Beruf in Hamburg. Berufsbildungswerk Hamburg

Etablierung neuer Schulformen in Hamburg

Hamburg hat neben der vierjährigen Grundschule zwei weiterführende Schulformen: Stadtteilschule und Gymnasium. Wie es im aktuellen Bildungsbericht Hamburg 2011 heißt, ist dieses Schulsystem zu wahren und zu stärken der zentrale Beitrag für den vereinbarten Schulfrieden. Insbesondere die neue Stadtteilschule braucht noch etwas Rückenwind, um sich zwischen den etablierten Schulformen Grundschule und Gymnasium einen festen Platz im Hamburger Schulsystem zu sichern.

Umfassende Informationen zur Bildungssituation in Hamburg und zu den aktuellen schul- und bildungspolitischen Zielsetzungen des neuen Hamburger Senats finden sich im Bildungsbericht Hamburg 2011. Hrsg. Behörde für Schule und Berufsbildung. Institut für Bildungsmonitoring. Hamburg. Hamburg 2011

Die Hamburger Bildungsberichterstattung verfolgt den Anspruch, eine systematische Basis für die kontinuierliche Beobachtung der Entwicklungen und Perspektiven des Hamburger Bildungswesens zu schaffen und dabei auf Stärken und Schwächen des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Die Bildungsberichterstattung richtet sich an die an Bildungsfragen interessierte Hamburger Öffentlichkeit, an die Akteure in den Bildungseinrichtungen und in der Bildungspolitik und an die Hamburger Verwaltung, der mit dem Bildungsbericht wichtige Steuerungsinformationen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Weitere Informationen:
www.bildungsmonitoring.hamburg.de

2.2 Nordrhein-Westfalen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat als Modellversuch die Gemeinschaftsschule eingeführt. Mit dem Modellvorhaben Gemeinschaftsschule soll erprobt werden, wie durch längeres gemeinsames Lernen die Chancengerechtigkeit vergrößert werden kann und wie mehr Schülerinnen und Schüler zu besseren Abschlüssen geführt werden können.

In der Gemeinschaftsschule werden in der Doppeljahrgangsstufe 5/6 alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet. Die leistungsschwächeren Kinder lernen gemeinsam mit den leistungsstärkeren. Der Unterricht ist der individuellen Förderung verpflichtet und bietet auch gymnasiale Standards. Damit wird ein Eintritt in die gymnasiale Oberstufe curricular unterstützt. Die Planung des Unterrichts orientiert sich an den Lehrplänen aller Schulformen, insbesondere auch des Gymnasiums. Der Schulträger entscheidet unter Beteiligung der Schulkonferenz, wie ab der 7. Klasse oder später weiter gelernt wird. Grundsätzlich stehen zwei Wege offen:

- *Integrierte Form:* Schülerinnen und Schüler werden weiter gemeinsam in heterogenen Klassenverbänden unterrichtet. Je nach Fach können Kurse mit innerer oder äußerer Differenzierung eingerichtet werden.
- *Teilintegrierte Form:* Schülerinnen und Schüler werden teilweise nach Bildungsgängen getrennt, teilweise gemeinsam unterrichtet. So können zum Beispiel zwei von drei Bildungsgängen zusammengefasst werden.
- *Kooperative Form:* Schülerinnen und Schüler werden nach schulformspezifischen Bildungsgängen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) getrennt unterrichtet. Die Eltern entscheiden nach Beratung durch die Schule über die Wahl des Bildungsgangs.

In der integrativen Form kann ab der Doppeljahrgangsstufe 7/8 eine erste Schwerpunktsetzung durch unterschiedliche Anforderungsniveaus in den Kernfächern erfolgen. Eine zweite Schwerpunktsetzung kann in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 durch eine abschlussbezogene Profilbildung erfolgen.

Am Ende der 10. Klasse werden alle Abschlüsse der Sekundarstufe I (Hauptschulabschluss, mittlerer Schulabschluss) auf die gleiche Weise wie in den anderen Schulformen vergeben. Bei entsprechenden Leistungen (mindestens befriedigende Leistungen in allen Fächern) wird die Übergangserteilung (Q-Vermerk) in die gymnasiale Oberstufe erteilt.

Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule erwerben das Abitur bei entsprechender Qualifikation nach neun Jahren (G 9).

Das nordrhein-westfälische Ministerium für Schule und Weiterbildung hat vor, die gesetzliche Grundlage für die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule zu schaffen. Nach einer Mitteilung des ist das Interesse an der Gemeinschaftsschule sehr groß (derzeit ca. 100 Interessenbekundungen von Kommunen).

Zum Beginn des Schuljahrs 2011/2012 am 7. September haben an den 13 Standorten Gemeinschaftsschulen ihren Schulbetrieb aufgenommen.

Weitere Informationen:

<http://bestes-lernen.de/aktuell/konzepte-der-gemeinschaftsschulen-in-nrw/>

Die Landesregierung hat ihren eigenen Verlautbarungen zufolge ihren politischen Schwerpunkt auf das Thema Bildung gelegt. Sie setzt sich ein für gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem, das die beste Bildung für alle garantiert. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, sollen bis zum Jahr 2015 insgesamt zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung investiert werden.

Quelle und weitere Informationen bei Das Bildungsportal:

Schulministerium.NRW.de

2.3 Baden-Württemberg

Die neue baden-württembergische Landesregierung will durch die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Einführung der Gemeinschaftsschule das starre gegliederte Schulsystem aufbrechen. Gemeinschaftsschulen gehen in der Regel aus bestehenden Schulen hervor und schließen an eine oder mehrere vierjährige Grundschulen an. Sie umfassen grundsätzlich alle Bildungsstandards der Sekundarstufe I (Hauptschule-, Realschul- und gymnasiale Standards). Im Anschluss an die Klasse 10 bestehen Übergangsmöglichkeiten in eine berufliche oder allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe entweder am Standort der Gemeinschaftsschule oder an einem allgemeinen oder beruflichen Gymnasium in eine duale Berufsausbildung oder eine berufliche Vollzeitschule.

Erst am Dienstag 27. September 2011 hat die baden-württembergische Landesregierung einstimmig die Eckpunkte für die neue Gemeinschaftsschule beschlossen. „Damit geben wir ein wichtiges Signal für den grün-roten Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg, um endlich allen Kindern und Jugendlichen im Land dieselben Chancen an den Schulen einzuräumen“, erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann. „Mit diesem Beschluss können wir den vielen interessierten Kommunalpolitikern, Eltern und Lehrkräften aufzeigen, wie sie einen Antrag des Schulträgers für eine Gemeinschaftsschule gestalten müssen“, betonte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer.

Das Interesse an Gemeinschaftsschulen im Land wachse weiter. Inzwischen haben sich Schulträger und Schulleiter von bereits rund 200 Schulen nach Möglichkeiten erkundigt, eine Gemeinschaftsschule aufzubauen. Dabei spielten parteipolitische Hintergründe keine Rolle. „Es ist jetzt schon absehbar, dass die bisherigen parteipolitischen und ideologischen Gräben bei der Gemeinschaftsschule verschwinden werden“, betonte Kretschmann. Er sagte voraus, dass die Gegner die großen Vorteile der Schulreform bald selbst erkennen würden, wie dies auch in anderen Bundesländern der Fall war.

Die Landesregierung setze bei der Einführung der Gemeinschaftsschule auf den Willen der Kommunalpolitiker, Lehrkräfte und Eltern vor Ort. „Gute Schule wächst von unten“, betonte der Ministerpräsident. Und die Ministerin sagte: „Die Menschen in den Städten und Gemeinden wissen doch am besten, welche Schule und welche Abschlüsse sie vor Ort am meisten benötigen.“

Basis für den Unterricht in den weiterführenden Schulen sind die baden-württembergischen Bildungsstandards für alle drei weiterführenden Schularten. Die Konzeption basiert inhaltlich darauf, individuelle Angebote für Schülerinnen und Schüler in heterogenen Lerngruppen zu machen. Deshalb sollen Jungen und Mädchen mit Grundschul-Empfehlungen aller weiterführenden Schularten in den gemeinsamen Lerngruppen aufgenommen werden. Die Lehrkräfte richten sich dabei nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit der einzelnen Schülerinnen und Schüler, alle erhalten Aufgaben nach ihrem jeweiligen Niveau. Hier zeigt sich einer der großen Unterschiede zum traditionellen Unterricht: Es geht nicht mehr darum, den Unterricht nach dem durchschnittlichen Leistungsstand abzuhalten, wobei sowohl die schwächeren als auch die guten Schüler zu kurz kamen. Sondern die tatsächlichen Fähigkeiten werden gefördert. Damit unterscheidet sich die Gemeinschaftsschule auch von der alten Gesamtschule, die Kinder in Kurse mit unterschiedlichen Niveaus einstuft. Zudem spielt an der Gemeinschaftsschule das gruppenorientierte Lernen und die Zusammenarbeit zwischen den Pädagoginnen und Pädagogen eine wichtige Rolle. „Wir wollen es endlich ermöglichen, dass die Schulen sich sehr viel besser am tatsächlichen Lernbedarf der Mädchen und Jungen orientieren können“, unterstrich die Ministerin.

Die Eckpunkte der Gemeinschaftsschule

Zur Umsetzung und Sicherung dieser Ansprüche wird von der Landesregierung ein pädagogischer und organisatorischer Rahmen vorgegeben. Dieser sieht wie folgt aus:

Pädagogisches Konzept

- Die Gemeinschaftsschulen arbeiten in der Sekundarstufe I auf der Grundlage der Bildungsstandards von Hauptschule, Realschule und Gymnasium.
- Übliche Klassenverbände sind durch Lerngruppen ersetzt. Die Heterogenität einer Lerngruppe ist ein Ausgangspunkt für das Lernen.

- Die Gemeinschaftsschule ermöglicht eine inklusive Beschulung von behinderten Kindern und Jugendlichen.
- Alle Schülerinnen und Schüler lernen nach ihren individuellen Voraussetzungen.
- In der Gemeinschaftsschule gibt es keine Versetzung/Nichtversetzung und keine Wiederholung im bisherigen Sinn.
- In der Sekundarstufe I von der fünften bis zur zehnten Klasse sind die Gemeinschaftsschulen Ganztageschulen mit rhythmisierten Lernangeboten.
- Die Vorgaben der KMK-Vereinbarungen zur Sekundarstufe I sind berücksichtigt.

Abschlüsse und Anschlüsse

- An der Gemeinschaftsschule können nach Klasse 9 der Hauptschulabschluss, nach Klasse 10 der Hauptschulabschluss oder der Realschulabschluss und sofern eine Sekundarstufe II eingerichtet ist, das Abitur nach Klassenstufe 13 erreicht werden.
- Durch die Orientierung der schulischen Arbeit an den Bildungsstandards von Hauptschule, Realschule und Gymnasium wird die Anschlussmöglichkeit an andere Schulen sichergestellt.

Schulorganisation

- Eine Gemeinschaftsschule ist in der Regel zwei- oder mehrzünftig, kann aber ausnahmsweise auch einzünftig geführt werden.
- Die Gemeinschaftsschule besteht aus der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 - 10), kann aber auch die Primarstufe (Klassenstufe 1 - 4) und - mindestens Zweizügigkeit vorausgesetzt - eine dreijährige Sekundarstufe II umfassen.
- Eine dauerhafte Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse (Klasse 5) von 20 Schülerinnen und Schülern pro Zug ist erforderlich.

Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule

- Alle allgemein bildenden Schulen können sich zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln.
- Antragsteller ist der Schulträger mit Zustimmung der schulischen Gremien.
- Voraussetzung für die Genehmigung ist unter anderem das Vorliegen eines tragfähigen und pädagogisch anspruchsvollen Konzepts auf der Grundlage der Vorgaben.
- Der Schulträger muss eine angemessene räumliche und sächliche Ausstattung nachweisen.
- Im Rahmen der geplanten Bildungsplanreform aller allgemein bildenden Schulen 2015/16 bilden die Schnittmengen der Bildungspläne Hauptschule/Realschule/
- Gymnasium einen Basisplan für die Gemeinschaftsschule. Je nach angestrebtem Bildungsziel gelten darüber hinaus die Bildungsstandards der entsprechenden Schularten.

Personal

- An einer Gemeinschaftsschule unterrichten im Endausbau Lehrkräfte aller Schularten. Alle Lehrkräfte können in allen Lerngruppen eingesetzt werden.
- Die Neubesetzung von Stellen erfolgt grundsätzlich über schulbezogene Stellenausschreibungen.
- Der Klassenteiler ist 28.

Begleitungs- und Fortbildungskonzept

- Die Begleitung und Fortbildung von Schulleitungen und Lehrkräften ist maßgeblich für den Erfolg der Gemeinschaftsschule.
- Die Gemeinschaftsschulen erhalten bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung Beratung und Begleitung von Fachberaterinnen und Fachberatern.
- Es werden Netzwerke von Gemeinschaftsschulen und Personen für einen Expertenaustausch aufgebaut.

Weiteres Vorgehen bis zur Einführung

Das Kultusministerium wird nach dem jetzigen Beschluss über die Eckpunkte einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der bereits im November ins Kabinett soll. Danach wird eine sechswöchige Anhörungsphase für die Verbände gestartet. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes ist für April geplant. Zum Schuljahr 2012/13 soll eine erste Tranche von etwa 30 Schulen an den Start gehen.

Quelle:

<http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1339265/index.html?ROOT=1146607>

Weitere Informationen zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg:

http://www.schule-bw.de/entwicklung/schulentw/schulentwicklung_bw/

sowie:

<http://www.schule-bw.de/aktuelles/>

2.4 Kommentar zur Abschaffung der Hauptschule

Schulforscher wirbt für zwei Wege zum Abitur

Bei der ersten von vier Bildungskonferenzen der CDU musste Bundesministerin Annette Schavan am 22. August 2011 ihr neues Schulkonzept verteidigen. Es sieht die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule vor und damit den Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem. Teile der CDU drohen bereits mit erbittertem Widerstand. Doch der Dortmunder Schulforscher *Ernst Rösner*, der bereits 1989 das Buch *Abschied von der Hauptschule* schrieb, hält Schavans Vorschläge für nicht ausreichend.

Sie hatten schon vor mehr als 20 Jahren den Abschied von der Hauptschule prognostiziert. Warum ist diese Schulform immer mehr zum Auslaufmodell geworden?

Rösner: Es gibt einen auffälligen Zusammenhang zwischen dem eigenen Schulabschluss der Eltern und dem Abschlusswunsch für die Kinder. Die Eltern wollen nämlich, dass der Abschluss ihrer Kinder besser als der eigene ist. Daraus ergibt sich eine Anspruchsspirale, die nicht umkehrbar ist. Immer mehr Eltern haben höherwertige Schulabschlüsse und wünschen sich für ihre Kinder noch höherwertigere Schulabschlüsse. Das ist kein falscher Ehrgeiz, sondern ein Reflex auf die Bedingungen des Ausbildungsmarktes. Denn die Berufe, die die Eltern mit ihrem Schulabschluss erreichen konnten, können die Kinder mit dem gleichen Schulabschluss nicht mehr erreichen. Und das ist auch der Grund dafür, dass alle Bemühungen, die Hauptschule wieder attraktiver zu machen, komplett gescheitert sind.

Das Konzept von Bildungsministerin Schavan, das im Kern das Ende der eigenständigen Hauptschule vorsieht, müsste dann ja ihre Zustimmung finden.

Rösner: Es ist für die CDU ein Sprung nach vorn, aber sie ist zu kurz gesprungen. Eine Umsetzung des Konzepts würde unvermeidlich nach einigen Jahren einen erneuten Anpassungsprozess nach sich ziehen. Was Frau Schavan vorschlägt, ist die Fusion von Haupt- und Realschule. Diese neue Haupt- und Realschule hat aber ein strukturelles Defizit: Es fehlen gymnasiale Standards. Ultima Ratio der Eltern bei der Wahl einer weiterführenden Schule ist jedoch das Vorhandensein gymnasialer Standards ab Klassenstufe fünf. Eine Schule, die das nicht anbietet, hat perspektivisch keine Chance.

Ist die Lösung dann eine Einheitsschule für alle?

Rösner: Nein, das wäre für mich eine ziemlich unpolitische Sichtweise. Wer glaubt, man könne das Gymnasium aus der bundesdeutschen Bildungslandschaft eliminieren, überhebt sich. Das wäre nicht bedarfsgerecht, und das Gymnasial-Klientel ist viel zu stark. Die Lösung könnte aber ein attraktives zweigliedriges Schulsystem sein, das nicht zweiwertig ist, sondern unterschiedliche Wege zum Abitur ermöglicht. Hier Gymnasium, dort gemeinsame Schule, egal wie sie heißt. Das bedeutet aber in beiden Fällen: Gymnasiale Standards ab Klasse fünf. Da führt kein Weg dran vorbei.

Quelle:

dpa-Dossier Bildung Forschung Nr. 35/2011, 29. August 2011

Weitere Informationen:

<http://bildungsklick.de/a/80067/schavans-vorschlaege-reichen-nicht/>

(3)**Ergebnisse neuer bildungspolitischer Studien****3.1 Studien zur Wirkung des Übergangssystems und zum Übergang von Schule in Ausbildung**

Christe, Gerhard: Notwendig, aber reformbedürftig! Die vorberufliche Bildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund ; Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung / Gerhard Christe. - Bonn, 2011. - 60 S. = 3,5 MB PDF-File. - (WISO-Diskurs). - (Gesprächskreis Migration und Integration). Electronic ed.: Bonn : FES, 2011. ISBN 978-3-86872-673-2.

Studie zur Bedeutung des Übergangssystems für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie behandelt die Frage, wie sich der Übergang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund von der Schule in Ausbildung und Erwerbstätigkeit gestaltet und welche Rolle die verschiedenen Maßnahmen und Angebote des Übergangssystems dabei spielen. Ein Ergebnis ist, dass sich die im Schulsystem abzeichnenden Benachteiligungen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund auch im Übergangssystem fortsetzen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das Übergangssystem nach wie vor unverzichtbar ist, sich die Träger und Institutionen des Übergangssystems aber interkulturell weiter öffnen müssen.

Herunterzuladen unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08037.pdf>

Beicht, Ursula: Prekäre Übergänge vermeiden - Potenziale nutzen: junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der Schwelle von der Schule zur Ausbildung; Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung / Ursula Beicht ; Mona Granato. - Bonn, 2011. - 67 S. = 390 KB, PDF-File. - (WISO-Diskurs). - (Gesprächskreis Migration und Integration). Electronic ed.: Bonn: FES, 2011. ISBN 978-3-86872-801-9.

Studie, die eine detaillierte Analyse der Übergangsprozesse von der Schule in Ausbildung enthält und untersucht, wie die vielfältigen individuellen, aber auch gesellschaftlichen Faktoren die Einmündung in Ausbildung beeinflussen. Sie zeigt unter anderem, dass junge Frauen mit Migrationshintergrund trotz besserer schulischer Abschlüsse als junge Männer mit Migrationshintergrund größere Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Herunterzuladen unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08224.pdf>

3.2 Studie zu Klassenwiederholung und Schulversagen

Borodankova, Olga/Almeida Coutinho/Ana Sofia de Delhaxhe, Arlette (Hg.) (2011): Klassenwiederholung während der Pflichtschulzeit in Europa: Regelungen und Statistiken.

Diese Studie ist ein Beitrag des Eurydice-Netzes zur Diskussion über Schulversagen und Schulabbruch. In allen Bildungssystemen wird auf die eine oder andere Weise der Lernfortschritt der Schüler im Laufe des Jahres beurteilt und es werden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um Schüler mit Schwierigkeiten während des Schuljahres zu unterstützen und zu gewährleisten, dass sie wieder Anschluss finden. In vielen Ländern ist es am Ende eines Schuljahres möglich, dass Schüler, die trotz der im Laufe des Jahres eingesetzten Maßnahmen keine ausreichenden Fortschritte erzielen konnten, eine Klasse wiederholen.

Jedoch kann das Versetzungsproblem nicht ohne Kontext und getrennt von den Bildungstraditionen eines Landes gesehen werden. Dies erklärt, warum es bei Klassenwiederholungen und bei den Kriterien hierfür zwischen den Ländern signifikante Unterschiede geben kann.

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die geltenden Regelungen in den Mitgliedsländern des Eurydice-Netzes für die Klassenwiederholung in der Primarstufe und in der allgemeinbildenden Sekundarstufe I. Diese Stufen entsprechen in den meisten Ländern der Vollzeitschulpflicht. Die unterschiedlichen unterstützenden Maßnahmen, die überall bestehen, und die individuellen Hilfen für Schüler mit Schwierigkeiten während des Schuljahres werden hier nicht berücksichtigt. Nur die normale schulische Ausbildung steht im Mittelpunkt der Analyse. Zwar bestehen außerhalb der Regelschulbildung getrennte Klassen oder andere spezielle Maßnahmen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, diese Maßnahmen werden jedoch nicht beachtet.

Weitere Informationen:

http://www.fachportal-paedagogik.de/fis_bildung/suche/fis_set.html?Fid=937330

3.3 Expertise „Bildungsgerechtigkeit durch Teilhabe – Schulbezogene Teilhabeprojekte aus Perspektive der Jugendsozialarbeit“

Heeg, Jana/Oehme, Andreas: Bildungsgerechtigkeit durch Teilhabe - Schulbezogene Teilhabeprojekte aus Perspektive der Jugendsozialarbeit. Hrsg. DRK, Berlin 2011

Eine im Auftrag des Deutschen Roten Kreuzes vom Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildeheim erstellte Expertise zu Partizipation und Teilhabe im schulischen Kontext zeigt, welche Strukturen notwendig sind, um in der Schule Teilhabe zu ermöglichen. Hierzu werden aktuelle Veröffentlichungen und partizipative Projekte analysiert. Anschließend werden Ansatzmöglichkeiten der Jugendsozialarbeit beschrieben und Empfehlungen ausgesprochen.

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.jugendsozialarbeit.de/316>.

(4)**Hinweise auf laufende bildungspolitische Studien**

Im Folgenden werden einige laufende bildungspolitische Studien und Forschungsprojekte vorgestellt, die von Bedeutung sind für die Jugendsozialarbeit.

4.1 Studie zum Funktionalen Analphabetismus

Für die Jugendsozialarbeit von herausragender Bedeutung, bislang jedoch völlig vernachlässigt, ist die Tatsache des funktionalen Analphabetismus in Deutschland. Insbesondere die an der Universität Hamburger (Prof. Dr. Anke Grotlüschen) durchgeführte Studie LEO hat hierzu sehr differenzierte und wichtige empirische Befunde zusammengetragen. Ausgewählte Ergebnisse sind im Folgenden dargestellt.

Funktionaler Analphabetismus

Funktionaler Analphabetismus ist gegeben, wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Diese schriftsprachlichen Kompetenzen werden als notwendig erachtet, um gesellschaftliche Teilhabe und die Realisierung individueller Verwirklichungschancen zu eröffnen.

Eine sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft kritische Ausprägung literaler Kompetenz ist gegeben, wenn die literalen Fertigkeiten nicht ausreichen, um schriftsprachliche Anforderungen des täglichen Lebens und einfachste Erwerbstätigkeiten zu bewältigen. Dies ist gegenwärtig zu erwarten, wenn eine Person nicht in der Lage ist, aus einem einfachen Text eine oder mehrere direkt enthaltene Informationen Sinn erfassend zu lesen und/oder sich beim Schreiben auf einem vergleichbaren Kompetenzniveau befindet.

Nicht zum Kreis der funktionalen Analphabeten zählen:

- Menschen, die noch der Schulpflicht der allgemeinbildenden Schulen unterliegen;
- Erwachsene mit Migrationsstatus, die in ihrem Herkunftsland eine literale Sozialisation erfahren haben, die zwar die Sprache bzw. die Schriftsprache des Aufenthaltslandes nur eingeschränkt beherrschen, aber dennoch gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten besitzen;
- Erwachsene, die infolge organischer oder psychischer Beeinträchtigungen grundsätzlich nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich literale Kompetenzen anzueignen.

Funktionaler Analphabetismus betrifft kumuliert mehr als vierzehn Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung (Lage auf Alpha-Level 1 bis 3; 18 bis 64 Jahre). Das entspricht einer Größenordnung von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland.

Von funktionalem Analphabetismus auf Alpha-Level 1 bis 3 wird beim Unterschreiten der Textebene gesprochen, d.h. eine Person kann zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende – auch kürzere – Texte. Betroffene Personen sind aufgrund ihrer begrenzten schriftsprachlichen Kompetenzen nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben in angemessener Form teilzuhaben. So misslingt etwa auch bei einfachen Beschäftigungen das Lesen schriftlicher Arbeitsanweisungen. 57% der Befragten sind erwerbstätig, 17% arbeitslos, 10% im Haushalt beschäftigt bzw. in Elternzeit.

Übersicht über funktionale Analphabeten nach Berufsgruppen

Anteil dieser Berufsgruppe an allen Betroffenen (Alpha 1-3)	Anteil der Funktionalen Analphabeten an allen Beschäftigten dieser Berufsgruppe	Berufsbezeichnung laut internationaler Klassifikation (ISCO)
8,44%	40,3%	Hilfskräfte und Reinigungspersonal in Büros, Hotels und sonstigen Einrichtungen
5,47%	15,1%	Ladenverkäufer, Verkaufs-, Marktstandverkäufer und Vorführer
3,55%	28,9%	Hilfsarbeiter in der Fertigung
2,73%	26,5%	Köche
2,63%	34,1%	Transport- und Frachtarbeiter
2,53%	6,9%	Sonstige Büroangestellte

Anteil dieser Berufsgruppe an allen Betroffenen (Alpha 1-3)	Anteil der Funktionalen Analphabeten an allen Beschäftigten dieser Berufsgruppe	Berufsbezeichnung laut internationaler Klassifikation (ISCO)
2,29%	56,0%	Bauhilfsarbeiter (Gebäude)
2,23%	32,3%	Personenkraftwagen-, Taxi- und Kleinlastkraftwagenfahrer
2,06%	25,3%	Fahrer schwerer Lastkraftwagen
1,67%	30,3%	Hausmeister, Hauswarte und verwandte Berufe
1,59%	16,3%	Kellner und Barkeeper

Quelle: LEO-Studie



4 Literalität ist...

Die Forschungsarbeiten des Alphabund (www.alphabund.de) legen eine Definition vor, die im Wesentlichen auf das Verhältnis

von Schriftsprache und Minimalforderung der Gesellschaft zielt (www.grundbildung.de).

Definition des Funktionalen Analphabetismus

Alphabund: „Funktionaler Analphabetismus“ ist gegeben, wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. [...] ... wenn eine Person nicht in der Lage ist, aus einem einfachen Text eine oder mehrere direkt enthaltene Informationen sinnerfassend zu lesen und/oder sich beim Schreiben auf einem vergleichbaren

Kompetenzniveau befindet. Die UNESCO spricht von Funktionalem Analphabetismus bei Unterschreiten der vollen Teilhabe im Lesen, Schreiben und Rechnen. Diese Definition ist hoch und schwer operationalisierbar. Die Definition des Alphabunds verlangt eine Präzisierung auf einen Mindeststrahmen. leo. differenziert daher nach Alpha-Level 1-6 aus und rechnet das Unterschreiten der Textebene (Alpha-Level 4) dem Funktionalen Analphabetismus zu.

Abbildung 4: Definition „Funktionaler Analphabetismus“ als Unterschreiten der Textebene

5 Impressum

Die *leo. – Level-One Studie* wird unter Leitung der Universität Hamburg durchgeführt und inhaltlich verantwortet von Prof. Dr. Anke Grotlüschen und Wibke Riekmann.

Die Theoriedifferenzierung, Levelbeschreibung und Itementwicklung wurde durch das Schwesterprojekt *lea. – Literalitätsentwicklung von Arbeitskräften¹* vorbereitet. Die Entwicklung surveyfähiger Items verantwortet die Universität Hamburg, sie konnte dabei auf die Beratung durch TNS Infratest Sozialforschung und die Humboldt-Universität zu Berlin zurückgreifen. Design, Erhebung und Auswertung des Skalierungspretests bei Beschäftigungsträgern oblag ebenfalls dem Hamburger Team. Die Programmierung, Verfahrenspretest, die Vercodung, Datenerfassung und Generierung des Tabellenbandes sowie Sampling und Gewichtung verantworteten Frauke Bilger, Dr. Robert Jäckle und Bernhard von Rosenblatt von TNS Infratest Sozialforschung als versierter Partner. TNS Infratest Sozialforschung führte sämtliche Interviews und Kompetenztests in Form einer Repräsentativerhebung als Zusatzmodul zum *Adult Education Survey (AES-leo.)* durch.

¹ <http://blogs.epb.uni-hamburg.de/lea/>

Kontakt:
Prof. Dr. Anke Grotlüschen
Professorin für Lebenslanges Lernen
Universität Hamburg, Fakultät EPB
Fachbereich 3: Berufliche Bildung und
Lebenslanges Lernen
Binderstr. 34/ Joseph-Carlebach-Platz 1
20146 Hamburg

Tel.: 040 42838 3761
anke.grotlueschen@uni-hamburg.de
<http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/>

Den Berliner Teil des Skalierungspretests, die Datenerfassung, testtheoretische Prüfung der Ergebnisse und Designberatung für den Hauptlauf verantwortete Prof. Dr. Dr. h.c. Rainer Lehmann mit den Mitarbeiterinnen Dr. Doreen Holtsch und Ulrike Fickler-Stang, Humboldt-Universität zu Berlin.

Hinsichtlich der probabilistischen Schätzung von Itemschwierigkeiten und Personenfähigkeiten konnte die Kompetenz von Prof. Dr. Johannes Hartig einbezogen werden. Die durch ihn ermöglichte theoriegeleitete Erfassung Schwierigkeitsbestimmender Merkmale zur Festlegung von Levelgrenzen verbessert die Aussagekraft der Ergebnisse noch einmal. Auch die Begleitung der bevölkerungsdiagnostischen Schätzung der Personenfähigkeiten mithilfe von Plausible Values geht auf ihn zurück.

Der *leo. – Level-One Survey* profitierte zudem von der ‚Vorstudie zur Größenordnung des funktionalen Analphabetismus in Deutschland‘, besonders von den hier vorgelegten Literaturrecherchen (Tröster o.J. (2009), Chenot, Hubertus o.J. (2009)).

4.2 Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Mit der Integrierten Ausbildungsberichterstattung soll eine bessere (Daten-)Grundlage für bildungspolitische Analysen und Entscheidungen im Feld der beruflichen Qualifizierung nach der allgemeinbildenden Schule gelegt werden. Sie soll eine systematische, vollständige und aktuelle Beschreibung der (Aus-)Bildungswege der Absolventen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen leisten. Dadurch sollen die Bedeutung der unterschiedlichen beruflichen Qualifizierungswege und ihre Veränderungen im Zeitablauf näher bestimmt werden. Daneben können auf Basis eines bundeseinheitlichen Indikatorensystems gezielte bildungspolitische Empfehlungen zur jeweils aktuellen Situation erfolgen.

Grundlage für ein solches Indikatorensystem der beruflichen Ausbildung sind vollständige und vergleichbare Datensätze. Eine Kernaufgabe des Projekts besteht darin, den Sachstand der Länderdaten aufzugreifen und im Hinblick auf die Datenlage, den Datenzugang, die Vergleichbarkeit sowie die zeitliche Verfügbarkeit der Daten zu prüfen.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt zur „integrierten Ausbildungsberichterstattung“ (iABE) ermöglicht einen Überblick über alle Ausbildungs- und Qualifizierungsformen, die für junge Menschen nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule zur Verfügung stehen. Aktuelle Daten – sowohl zur dualen Ausbildung als auch zu vollqualifizierenden Bildungsgängen an beruflichen Schulen, zum Übergangsbereich sowie weiteren Qualifizierungswegen – werden in einen gemeinsamen Rahmen gestellt. Auf der Basis amtlicher Statistiken kann somit der Verbleib eines Altersjahrgangs vollständig erfasst werden.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung führt dieses Projekt seit 2009 gemeinsam mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durch.

Weitere Informationen:

<http://www.bibb.de/de/wlk52970.htm>

4.3 DJI Projekt: Längsschnittstudien Schule - Beruf für regionales Übergangsmanagement

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) untersucht derzeit bundesweit die Bildungs- und Ausbildungswege von Jugendlichen mit Hauptschulbildung, die diese nach Ende der Pflichtschulzeit durchlaufen. Ein zentrales Ergebnis ist, dass die Mehrzahl der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen nach der Schule eine Reihe von Zwischenschritten absolviert, bevor ihnen der Einstieg in eine betriebliche Berufsausbildung oder in eine schulische Ausbildung, die zu vergleichbaren Abschlüssen führt, gelingt. Ein Teil der Jugendlichen „verabschiedet“ sich schon vor Ende der Berufsschulpflicht aus dem Ausbildungssystem, ein weiterer Teil zieht sich zurück, wenn im Anschluss an solche Zwischenschritte der Einstieg in Ausbildung misslingt.

Für Kommunen lässt sich eine ähnliche Situation vermuten. Allerdings fehlen hier Daten über die Wege, auf denen die Übergänge von der Schule in Ausbildung verlaufen, u.a. auch deshalb, weil die Jugendlichen nicht nur Einrichtungen des Bildungssystems besuchen, sondern auch an Förderangeboten der Jugendhilfe, der kommunalen Beschäftigungsförderung, der Arbeitsagenturen und der ARGE teilnehmen. Das bedeutet, dass derzeit die Wege von Schulabsolventinnen und -absolventen von der Schule in Ausbildung (und danach Erwerbsarbeit) nur mit Längsschnittdaten nachgezeichnet werden können.

Vor diesem Hintergrund hat das DJI eine Konzeption für Untersuchungen in einzelnen Kommunen entwickelt, die folgende Funktionen erfüllen soll:

- Die Untersuchung soll Daten über die Pläne und Wege von Förder-, Haupt- und Realschülern im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung liefern: damit sollen zeitnah Planungsdaten bereitgestellt werden.
- Die Untersuchung soll Informationen über die Muster liefern, in denen diese Übergänge der Jugendlichen verlaufen: Es soll geklärt werden, welche Wege erfolgreich sind, welche Wege sich als Umwege oder Sackgassen erweisen, auf welchen Wegen (und für welche Jugendlichen) ein erhöhtes Risiko des Ausstiegs aus dem Bildungssystem

besteht, an welchen Stellen (und für welche Jugendlichen) ein besonderer Unterstützungs- und Förderbedarf besteht.

- Die Untersuchung soll zudem Informationen über die Wirksamkeit von Bildungsgängen, Angeboten und Maßnahmen liefern: indem die Wege der Jugendlichen durch die verschiedenen Bildungseinrichtungen und Förderangebote verfolgt werden, werden Informationen über die Effekte gewonnen, die diese für das Gelingen der Integration der Jugendlichen in Ausbildung und Erwerbsarbeit haben.
- Die Untersuchung soll schließlich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sowie der Abwanderung junger Menschen aus vielen ostdeutschen Regionen Erkenntnisse darüber liefern, unter welchen Bedingungen Zwischenstationen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf Abwanderungsentscheidungen auslösen, weil Jugendliche sie als Ausdruck fehlender beruflicher Perspektiven in der Heimatregion wahrnehmen.

Weitere Informationen:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=564>

4.4 DJI-Projekt: Wege in Ausbildung und Ausbildungslosigkeit

Bei diesem Projekt geht es um die Erforschung der Determinanten gelingender bzw. misslingender Übergänge in Ausbildung von Jugendlichen mit Hauptschulbildung (Laufzeit: 01.06.2010 bis 31.05.2012)

Jede/r vierte Jugendliche mit Hauptschulbildung befindet sich nach den Ergebnissen des DJI-Übergangspanels fünf Jahre nach Ende der Pflichtschulzeit auf dem Weg in die Ausbildungslosigkeit. Offen ist die Frage, welchen Beitrag „weiche Faktoren“ zum Gelingen oder Misslingen von Übergängen in Ausbildung leisten: Eltern, Gleichaltrige und pädagogische Fachkräfte, die die Wege Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt begleiten.

In einem Vergleich von Jugendlichen mit gelungenen und misslungenen Übergängen sollen die Rollen von wichtigen Wegbegleiter/innen (Eltern, Gleichaltrigen und pädagogischen Fachkräften) für die Übergänge von der Schule in Ausbildung untersucht werden. Den theoretischen Rahmen des Forschungsprojektes bildet Goffmans Konzept des „Cooling Out“.

Weitere Informationen:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=973>

4.5 DJI-Projekt: Einfluss des Übergangssystems auf das Gelingen der beruflichen Integration

Nur eine Minderheit der Jugendlichen mit Hauptschulbildung beginnt unmittelbar nach der Schule die Berufsausbildung. Viele Jugendliche treten stattdessen in ein Übergangssystem von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten zwischen Schule und Ausbildung ein, das für sie eine Zwischenstation auf dem Weg in Ausbildung und Erwerbsarbeit darstellt.

Das Ziel des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für eine Laufzeit von zwei Jahren geförderten Projektes (Laufzeit: 01.01.2010 bis 31.12.2011) ist es, Antworten auf die Frage zu finden, für wen und unter welchen Voraussetzungen das Übergangssystem die Zugangschancen zu Ausbildung und qualifizierter Erwerbsarbeit verbessert bzw. ob und ggf. inwieweit ein Durchlaufen dieses Systems einen negativen Einfluss auf die weiteren Wege der Jugendlichen nimmt. Als Datengrundlage des Projektes dient das DJI-Übergangspanel, welches einer in Hinblick auf das Übergangssystem umfassenden Reanalyse unterzogen wird.

Weitere Informationen:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=696>

4.6 Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)

Der DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) erhebt Daten zum Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sowie zu den Lebenslagen von Erwachsenen und Familien in Deutschland. Er wird im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in regelmäßigen Abständen durchgeführt.

Ziel ist es, Faktoren und Konstellationen zu beschreiben, die den Lebenslauf von Individuen prägen und beeinflussen. Neben persönlichen Einflüssen – wie individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten, Werten, subjektiven Deutungen und Zukunftsvorstellungen des Einzelnen sowie konkreten Aktivitäten – werden die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt, mit denen Individuen heute zurecht kommen müssen. Zudem sind Individuen immer in soziale Kontexte eingebunden: Sie agieren in Familienzusammenhängen und stehen in unterschiedlichen Generationenbeziehungen. Diese sozialen Faktoren prägen den Lebenslauf, die individuelle Lebensführung und die Lebensplanung ebenso wie die individuellen Merkmale.

Dementsprechend werden die Befragten der Studie nicht als isolierte Individuen, sondern als Mitglieder umfassender sozialer Netzwerke im Kontext von spezifischen Biographien betrachtet und analysiert. So bedeutet zum Beispiel das Konzept der Familie als Netzwerk, Familie nicht allein als Wohn- bzw. Haushaltsform zu definieren, sondern die gelebten Beziehungen in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen und damit z.B. auch multilokale Familien einzubeziehen. Die individuellen Gegebenheiten werden dann in Beziehung zu den institutionellen Kontexten gesetzt, die ein Individuum in seiner Entwicklung durchläuft (Kindertagesstätte, Schule, Ausbildung usw.) und die ihm Unterstützung gewähren (staatliche Hilfen).

Weitere Informationen:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=948>

Zentrale Fragestellungen sind:

- Wie gestalten sich die Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener in objektiver und subjektiver Hinsicht? Welche Lebenslagenkonstellationen fördern dabei Verwirklichungschancen und Handlungsbefähigung (Agency) bei Jugendlichen und jungen Menschen? Zeichnen sich im Vergleich zu bisherigen Ergebnissen repräsentativer empirischer Jugendforschung (z.B. DJI-Jugendsurvey) Tendenzen neuer Inklusions- bzw. Exklusionsprozesse ab?
- Lassen sich Tendenzen der Entstrukturierung und/oder Verdichtung im Prozess der Verselbständigung und Verantwortungsübernahme im Jugendalter beschreiben? Welche Bedeutung haben die Tendenzen der Entstrukturierung und Verdichtung für die Verselbständigung Jugendlicher und junger Erwachsener?
- Welche Beteiligungsmuster und politischen Partizipationsmuster lassen sich bei jungen Menschen heute finden? Welche Rolle spielen dabei Lebenslagenaspekte sowie subjektive Handlungsorientierungen? Inwieweit tragen Beteiligungserfahrungen zur Handlungsbefähigung junger Menschen bei?
- Welche Determinanten der Lebenslage (ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital) sind verantwortlich für gelingende oder auch misslingende Übergänge von der Schule in den Beruf und anschließender Erwerbstätigkeit?

Weitere Informationen:

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1040>

(5)**Neue Programme des Bundes und der Länder**

Unter dieser Rubrik wird auf neue Programme des Bundes und der einzelnen Bundesländer zur Förderung der allgemeinen und der beruflichen Bildung hingewiesen und die jeweiligen Programme kurz vorgestellt.

Da zusätzlich zu den derzeit laufenden, für die Jugendsozialarbeit relevanten Programmen, in jüngster Zeit keine neuen Programme implementiert worden sind, wird auf die derzeit laufenden hier noch einmal hingewiesen.

Im Einzelnen finden sich genauere Informationen zu den derzeit laufenden Programmen des Bundes unter folgenden Links:

5.1 BMFSFJ

Eine Übersicht findet sich unter

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/integration-und-chancen.html>

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/kompetenzen-junger-menschen.html>

5.2 BMBF

Eine Übersicht findet sich unter

<http://www.bmbf.de/de/14737.php>

5.3 BMAS

Eine Übersicht findet sich unter

<http://www.bmas.de/DE/Themen/Aus-und-Weiterbildung/Ausbildungsfoerderung/inhalt.html>

5.4 BiBB

Eine Übersicht findet sich unter

<http://www.good-practice.de/foerderung.php>

Hinweise auf laufende und neu implementierte Landesprogramme werden in der nächsten Ausgabe dieses Newsletters gegeben

(6) Zahlenspiegel

6.1 Daten des Mikrozensus 2010 bestätigen Trend zur Höherqualifizierung Jugendlicher

An den weiterführenden Schulen in Deutschland besuchten im Schuljahr 2010/2011 45% der Schüler/-innen der Sekundarstufe ein Gymnasium. Zehn Jahre zuvor hatten nur 37% die Gymnasialaufbahn eingeschlagen.

Diese und weitere Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis) kann man herunterladen unter:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2011/MikroKinder/mikrokinderpk.templateId=renderPrint.psml>

Aus: Nachrichten Jugendsozialarbeit 14/2011 vom 02.09.11

6.2 Zahl der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss gesunken

Der Anteil von Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss ist in Deutschland von 8,5% im Jahr 2004 auf 7% im Jahr 2009 gesunken. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/5306) auf eine Kleine Anfrage (17/5001) der Fraktion Die Linke. Wie aus der Vorlage zu entnehmen ist, gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. So ist der Anteil in Baden-Württemberg von 7% im Jahr 2004 auf 5,6% im Jahr 2009 gesunken. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen stieg die Zahl der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss in demselben Zeitraum von 9,2% auf 15,4%. Wie die Regierung mitteilt, ist der Anteil der Schüler/-innen, die private allgemeine oder berufsbildende Schulen besuchen, von 5,7% im Jahr 1992 auf 9,5% im Jahr 2009 gestiegen. Besonders stark seien die Zunahmen in den neuen Bundesländern gewesen. Zwischen 2003 und 2007 hätten sich die jährlichen Ausgaben in den Bundesländern pro Schüler/-in „leicht positiv“ entwickelt. In diesem Zeitraum seien sie von durchschnittlich 3.600 Euro auf 3.800 Euro pro Schüler gestiegen.

Aus: Nachrichten Jugendsozialarbeit 8/2011 vom 16.05.11

6.3 Zu viele Schulabbrecher und zu wenige Abiturienten in Deutschland

Dem aktuellen EU-Bildungsbericht zufolge hat Deutschland zu viele Schulabbrecher/-innen sowie zu wenige Abiturientinnen und Abiturienten. Die Anzahl der jungen Leute, die die Sekundarstufe II abschließen, lag 2009 in Deutschland nur bei 73,7 Prozent und damit weit unter dem vereinbarten Wert von 85 Prozent und dem EU-Durchschnitt von 78,6 Prozent. Die Vorschulerziehung für Kinder zwischen vier Jahren und dem Einschulungsalter hat sich dagegen verbessert und liegt über der von den Mitgliedstaaten vereinbarten 95-Prozent-Marke. Die Zahl der Schulabbrecher/-innen kann mit 11 Prozent das vereinbarte Ziel von 10 Prozent jedoch nicht erreichen. Das selbstgesteckte Bildungsziel, die Anzahl der Hochschulabschlüsse in den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu steigern, haben die Mitgliedstaaten erreicht. Bei der Senkung des Anteils der Schulabbrecher/-innen, des Anteils der Schüler mit mangelhaften Lese- und Rechenfähigkeiten und der Verbesserung der Vorschulerziehung wurden zwar Fortschritte erzielt, diese bleiben allerdings hinter den für 2010 festgelegten Benchmarks zurück.

Eine Zusammenfassung des Bildungsberichts der EU findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Aus: Nachrichten Jugendsozialarbeit 8/2011 vom 16.05.11

6.4 OECD: Bildung auf einen Blick

Mit ihrer jährlich erscheinenden Publikation Education at a Glance/Bildung auf einen Blick gibt die OECD einen indikatorenbasierten Überblick zu wichtigen bildungspolitischen Fragen; sie stellt Veränderungen in den verschiedenen Bildungssystemen dar und weist auf neue Entwicklungen in den OECD-Mitgliedsländern sowie ausgewählten Partnerländern hin.

Herunterzuladen unter: www.oecd.org/edu/eag2011

6.5 Die soziale Situation in Deutschland

Wie sind die sozialen Aufgaben in Deutschland verteilt? Und für welche Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft müssen Lösungen gefunden werden? Das Online-Angebot „Zahlen und Fakten“ hilft dabei, die soziale Situation in Deutschland besser einschätzen und beurteilen zu können. Die Kapitel beantworten grundlegende Fragen zu Themenbereichen wie Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Familie und Kinder, Migration und Bildung.

Weitere Informationen:

http://www.bpb.de/wissen/370UAU,0,Die_soziale_Situation_in_Deutschland.html

6.6 Bildung, Forschung und Entwicklung

Weitere Informationen:

http://www.bpb.de/wissen/905QVN,0,0,Bildung_Forschung_und_Entwicklung.html

(7)**Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden****7.1 Verbesserung des Bildungssystems durch Aufhebung des Kooperationsverbots?**

Die Bundeskanzlerin und die CDU wollen für alle Bundesländer ein zweigliedriges Schulsystem einführen. Der CDU Bundesvorstand will einen Antrag zur Bildungspolitik beschließen, der die Abschaffung der Hauptschule bzw. eine Zusammenlegung der Haupt- und Realschule vorsieht.

Kritik an diesem Vorhaben kommt nicht nur von der Schwesterpartei, sondern auch vom Philologen- und Lehrerverband. Zur Verbesserung des Bildungssystems kursieren derzeit viele Ideen und Reformvorschläge. Häufig verbunden mit der Frage, ob nicht alles besser würde, wenn die Gesamtverantwortung beim Bund läge. Was auch immer der CDU-Bundesvorstand beschließen wird, mit der Abschaffung der Hauptschule, sind nicht auch gleichzeitig die Hauptschüler und -schülerinnen abgeschafft.

Eine im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung und der Robert Bosch Stiftung von Prof. Dr. Jürgen Oelkers (Universität Zürich) erstellte Expertise geht in diesem Zusammenhang folgenden Fragen nach:

- Welches die größten Behinderungen für die Entwicklung des deutschen Bildungssystems?
- Welche Entwicklungsmöglichkeiten bestehen bereits unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Bedingungen?
- Welche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet eine Aufhebung des Kooperationsverbotes nach Art. 104b GG?

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass das Programm „Lernen vor Ort“ des BMBF ein beispielhafter Ansatz für eine künftige Zusammenarbeit zwischen allen drei Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – sei. Dieses Programm verstärke die kommunale Zusammenarbeit, schaffe lokale „Bildungslandschaften“, die gemeinsame Ziele von Bund, Ländern und Kommunen verfolgen. Hier könne der Bund Bildung fördern, ohne in die föderative Hoheit der Länder und damit in „innere“ Schulangelegenheiten einzugreifen. Der Schlüssel zum Bildungserfolg sei die individuelle Förderung, nicht die Uniformität.

Aus: Jugendsozialarbeit News, Newsletter Nr. 396 vom 16.05.2011

7.2 Rechtsanspruch auf Hauptschulabschluss im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen

Auch künftig haben alle Auszubildenden einen Rechtsanspruch darauf, im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme den Hauptschulabschluss nachzuholen. Das bekräftigte die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/6239 - <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706239.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/6046). Darin hatten sich die Abgeordneten an der Formulierung „förderungsbedürftige junge Menschen“ gestört, die in dem Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (17/6277) den betreffenden Personenkreis umschreibt. Im derzeit noch geltenden Gesetz ist lediglich von „Auszubildenden“ die Rede.

Die Bundesregierung betont, dass sich an den Fördervoraussetzungen nichts gegenüber der geltenden Rechtslage ändere. So sei es beispielweise auch bisher schon eine Voraussetzung für den Rechtsanspruch, „dass eine erfolgreiche Maßnahme erwartet werden kann“, heißt es in der Antwort. Andernfalls müssten auch solche Programme gefördert werden, die voraussichtlich nicht zum Ziel führten. Dadurch würde aber verhindert, geeignete Hilfen für die betroffenen Jugendlichen zu finden, so die Begründung der Regierung.

Quelle: Heute im Bundestag Nr. 300 vom 13.07.2011

Aus: Jugendsozialarbeit Nr. 309/2011

7.3 Schulbesuch für statuslose Kinder künftig ohne Angst vor Entdeckung möglich

Kinder von Familien, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, können künftig ohne Angst vor Entdeckung Kindergarten und Schule besuchen. Der Beschluss des Bundestages, die Meldepflicht im Rahmen des Richtlinienumsetzungsgesetzes für diese Stellen aufzuheben, ermöglicht den betroffenen Kindern den Besuch dieser Bildungseinrichtungen, ohne dass die Familie Angst haben muss, abgeschoben zu werden. Vor zwei Jahren wurde die allgemeine Verwaltungsvorschrift bereits entsprechend geändert. Es besteht keine Übermittlungspflicht mehr, wenn die Schule oder die Schulbehörde bei der Amtsausführung von dem nicht genehmigten Aufenthalt erfährt. Damit hing es bisher vom Landesrecht ab, ob öffentliche Schulen und Schulbehörden zur Datenübermittlung verpflichtet sind. Mit dem jetzigen Bundestagsbeschluss wird für die Kinder und ihre Familien sowie für die Verantwortlichen in den Schulen die notwendige Klarheit geschaffen.

Näheres unter:

http://www.bundesregierung.de/nn_924486/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2011/07/2011-07-11-ib-statuslose-kinder.html

Aus: Nachrichten Jugendsozialarbeit 13/2011 vom 02.08.11

7.4 Abschaffung der Hauptschule

Die Abschaffung der Hauptschule macht aus Sicht der BAG EJSa nur Sinn, wenn gleichzeitig jugendhilfespezifische Unterstützungsleistungen verbessert werden, d.h. sich damit auch die Situation und die Erfolgsaussichten von benachteiligten jungen Menschen verbessern. Bisher verbleibt die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit in der Hauptschule als „Restschule“. Sie scheitert dort leider allzu häufig, weil diese Schulform bzw. das System Schule offenbar nicht geeignet ist, im Sinne der Jugendsozialarbeit zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder individueller Beeinträchtigung wirkungsvoll beizutragen und so auch für diese jungen Menschen die Türe zu höheren Bildungsabschlüssen zu öffnen. Mit einer bloßen Auflösung der Hauptschule wird jedoch dem besonderen Förderbedarf dieser Schüler und Schülerinnen nicht Rechnung getragen.

Die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit unterscheidet sich von anderen jungen Menschen genau durch den erhöhten sozialpädagogischen Unterstützungsbedarf. Mit Bedauern stellen Lehrer und Lehrerinnen fest, dass sie für die daraus resultierenden Anforderungen weder die Qualifikation noch den zeitlichen und strukturellen Rahmen haben. Eine Schule, in die diese Hauptschüler und Hauptschülerinnen münden, wird deshalb entweder eine tragfähige Kooperation mit verlässlichen und kontinuierlichen Angeboten der Jugendsozialarbeit benötigen oder ersatzweise eine entsprechende Ausbildung und die notwendigen Rahmenbedingungen für das Lehrpersonal bereithalten müssen.

Auszüge aus der Positionierung der BAG EJSa zur Abschaffung der Hauptschule.

Links:

<http://www.bagejsa.de/publikationen-und-downloads/downloads/positionierungen/>
http://www.bagejsa.de/uploads/media/Hauptschule_Positionierung_BAGEJSA_kurz.pdf
http://www.bagejsa.de/uploads/media/Hauptschule_Positionierung_BAGEJSA_lang.pdf

Aus: Jugendsozialarbeit News, Newsletter Nr. 399 vom 20.06. 2011

7.5 Vision einer guten Schule

Die BAG EJSa hat in einem Papier vom März 2011 unter dem Titel „Lebensmittel Bildung: Vision einer guten Schule“ ihre Vision von einer guten Schule zur Diskussion gestellt. In diesem Papier werden Kriterien und Faktoren zum Gelingen von Schule vorgestellt und die Bedeutung von informellen und non-formalen Bildungskontexten für das Erlernen von Kompetenzen wie Teamfähigkeit und Selbst-Steuerung betont.

Herunterzuladen unter:

<http://www.bagejsa.de/handlungsfelder/jugendsozialarbeit-und-schule/aktuelle-infos/>

7.6 Zum Ausbau der Jugendsozialarbeit

Im Februar 2011 haben sich Bund und Länder bei ihrer Einigung zum weiteren Vorgehen bei dem so genannten Bildungs- und Teilhabepaket für junge Menschen darauf verständigt, dass vom Bund 400 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden, die u.a. für Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten genutzt werden können. In diesem Zusammenhang sollen rund 3.000 neue Stellen für die Schulsozialarbeit geschaffen werden. Bereits im April 2011 hat der Kooperationsverbund ausführlich über diese Zusammenhänge informiert und Hinweise an Träger gegeben, wie dieser notwendige Ausbau möglicherweise in den Ländern und Kommunen zu forcieren und zu begleiten ist. Aus Sicht des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit muss es nun weiter darum gehen, den Ausbau der Schulsozialarbeit zu unterstützen und eine langfristig gesicherte Finanzierung über das Jahr 2013 hinaus zu erreichen. In einem Positionspapier hat der Kooperationsverbund begründet, warum die Jugendsozialarbeit Regelungs- und Handlungsbedarf sieht, damit zusätzliche Bundesmittel gezielt zur besseren Förderung und Teilhabe junger Menschen eingesetzt werden.

Da die Kommunen nicht verpflichtet sind, die Bundesmittel entsprechend den Intentionen des zwischen Regierung und Opposition ausgehandelten Kompromisses zum Ausbau der Schulsozialarbeit einzusetzen, verläuft die Umsetzung bisher uneinheitlich. In seinem Papier „Zum aktuellen Stand des Ausbaus der Schulsozialarbeit – Update September 2011“ gibt der Kooperationsverbund einen Überblick über die rechtlichen Entwicklungen und den Stand der Umsetzung in den einzelnen Bundesländern.

Herunterzuladen und Näheres unter:
<http://www.jugendsozialarbeit.de/270>